

Die "Freiheit" erscheint morgens und nachmittags, Donnerstags und Montags von 10 bis 12 Uhr. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar, von der Expedition selbst abgeholt 8,50 M. Für Postbezugs nehmen sämtliche Vorkosten Bestellungen entgegen. Unter Breitschiffbezugs für Deutschland und Österreich 16,50 M., für das übrige Ausland 21,50 M., für die Schweiz 20,- M., für Italien 22,- M., für die Türkei 24,- M., für die Balkanländer 26,- M., für die Türkei 28,- M., für die Türkei 30,- M. Expedition und Verlag: Berlin C 2, Weite Straße 34b.

Die wichtigste Kampfsache der Partei ist die Erreichung eines innerlich ungetrübten Friedens. Die Partei ist die einzige, die die Interessen der Arbeiterklasse in die staatlichen Angelegenheiten einbringt. Die Partei ist die einzige, die die Interessen der Arbeiterklasse in die staatlichen Angelegenheiten einbringt. Die Partei ist die einzige, die die Interessen der Arbeiterklasse in die staatlichen Angelegenheiten einbringt.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Punkt 8 unseres Programms

Von Arthur Crispian

II.

In der kapitalistischen Gesellschaft treten die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen einander erst beim Warenaustausch in die Erscheinung. Die Ware ist ein „vertrautes Ding“, gleichzeitig die Beförderung vom Gebrauchswert und Tauschwert. Zuerst haben wir es mit Produkten nebeneinander unabhängigen Privatarbeiten zu tun. Jeder Privateigentümer von Produktionsmitteln produziert unabhängig von allen andern Gegenständen mit Gebrauchswert. Mit diesen Produkten geht er zum Markt, um sie gegen andere Produkte auszutauschen. Auf dem Markt verwandelt sich die Produkte in Waren, zu ihrem Gebrauchswert kommt der Tauschwert. Durch den Austausch der Waren treten die Privatproduzenten in gesellschaftliche Beziehungen zueinander. So daß es scheint, als werden die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander von Sachen, von Waren bestimmt, die die Menschen in bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse zwingt. Marx spricht von dem Fetischcharakter der Waren.

Unter Fetisch versteht man einen Gegenstand religiösen Kults. Auf einer bestimmten Stufe der Religion bewahrt der Mensch Gegenstände als Heiligum auf, die Verstorbenen geweiht haben: Schädel, Waffen, Geräte, Gefäße usw. Das Wesentliche in dem Glauben daß zu bestimmten Zeiten die Seele, der Geist des Verstorbenen in einem solchen Gegenstand Wohnung nimmt. Solange die Seele (der Geist) in dem Gegenstand wohnt, ist er von einer übermenschlichen Kraft erfüllt, ein Fetisch, der dem Menschen nützen oder Schaden kann.

Marx hat den Fetischcharakter der Ware enthüllt, er hat den Doppelcharakter der menschlichen Arbeit in der kapitalistischen Gesellschaft nachgewiesen, er hat die Triebkräfte der Geschichte der Menschheit entdeckt und den lieben Gott aus dem gesellschaftlichen Leben hinauskomplimentiert.

Für die Massen ist das gesellschaftliche Leben aber immer noch ebenso geheimnisvoll, wie der Prozeß der Welterschöpfung. Die Ökonomie ist eine der schwersten Wissenschaften.

Wen in dieses Wissensgebiet nicht eingedrungen ist, steht inmitten des gesellschaftlichen Lebens da und hält die einzelnen Dinge in seiner Hand, zu denen ihm das geistige Band fehlt. Dieser findet sich dann damit ab, daß Gott eben alles schon gemacht hat. Die gottgewollte Ordnung! Was so schön gemacht hat. Die Erlangen der ewigen Seligkeit nicht zu leicht machen. Jener politisiert und schimpft ein dritter verzehrt sich in ohnmächtiger Wut, reißt sich auf in sinnloser Auflehnung, ein vierter turpuschert am gesellschaftlichen Körper, ein fünfter rennt sich den Schädel ein an den Mauern, die sein Wissen und seine Vernunft begrenzen.

Wir verstehen, was Friedrich Engels sagte: „Nun ist alle Religion nichts anderes als die phantastische Widerspiegelung in den Köpfen der Menschen, derjenigen äußeren Mächte, die ihr alltägliches Dasein beherrschen, eine Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen.“

Und diese phantastische Widerspiegelung, in der die irdischen Mächte die Form von überirdischen annehmen, „der religiöse Widerschein der wirklichen Welt“ — sagt Karl Marx — kann überhaupt nur verschwinden, sobald die Verhältnisse des praktischen Werfertags den Menschen tagtäglich durchsichtig und vernünftige Beziehungen zueinander und zur Natur darstellen. Die Gestalt des gesellschaftlichen Lebensprozesses, d. h. des materiellen Produktionsprozesses, tritt nur ihren mythischen Nebelschleier ab, sobald sie als Produkt frei gesellschaftlicher Tätigkeit Menschen unter deren bewußter planmäßiger Kontrolle steht.

Damit ist gesagt, daß die Religion als Massenerscheinung erst mit der kapitalistischen Gesellschaft verschwinden wird. Erst dann, wenn durch die Verwirklichung der sozialistischen Gesellschaft die Arbeit planmäßig organisiert ist, wenn die Produkte nicht mehr die Form von Waren anzunehmen brauchen, sondern wenn sie durch die Verteilung in den Konsum gelangen, wenn die gesellschaftlichen Beziehungen der Menschen zueinander schon in dem gesellschaftlichen Produktionsprozeß zutage treten, wenn der Zweck der Arbeit, die Erhaltung des Lebens, nicht mehr verschleiert ist, durch das Profitinteresse kapitalistischer Eigentümer. Wirtschaftskrisen, Preisverwankungen, Arbeitslosigkeit sind dann verschwunden. Alles ist klar und einfach zu übersehen. Jedermann sieht, daß gearbeitet wird, damit die Menschen essen und trinken und sich kleiden können. Es wird nur solche Resultate der menschlichen Betätigung geben, die von vornherein gewollt und die nützlich sind.

Alles Wetzern gegen die Religion ist für die Kap. Mag das Jagen-R dabei eine noch so große Rolle spielen. Postern und Schimpfen sind noch immer die typischen Waffen wildgewordener Spießbürger. Tragen wir Naturerkenntnis, Ge-

Bekennntnis zur Revanchepolitik

Stresemann zerschmeißt den Laden

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei in Nürnberg, über dessen heroischen Aufstakt wir schon heute morgen berichtet haben, kennzeichnet die Deutsche Volkspartei als die Partei der Reaktion par excellence. Nicht die Deutschnationale Volkspartei, sondern die Deutsche Volkspartei des Herrn Stresemann hat die Führung der Reaktion in ihrer Hand. Unter dieser Leitung treiben die beiden in der Gestattung eng verbundenen konterrevolutionären Gruppen ein abgekartetes Spiel mit sorgfältig verteilten Rollen. Köstlich war folgende Stelle aus der Rede Stresemanns:

„Es war damals, wie auch Graf Westarp anerkannt hat, die geschichtliche Aufgabe der Deutschen Volkspartei, die Verantwortung für die Regierung auf sich zu nehmen, wie es andererseits die Aufgabe der Deutschnationalen war, in der Opposition dafür zu sorgen, daß die Regierung nicht nach links abgedrängt wurde.“

Die Deutschnationalen also gestatten es der Deutschen Volkspartei, die Verantwortung für die Regierung auf sich zu nehmen, während die Deutschnationalen sich inzwischen in der Rolle der Opposition von rechts betätigen, um ein Abdrängen der regierenden Reaktionen nach links zu verhindern. Die wachsende Zuversicht der Reaktion, die wir auch gestern in unserer Notiz über die Schaffung des Reichs-Land-Bundes konstataren konnten, läßt Herrn Stresemann größtenteils unwirksam werden. Nicht nur über die reaktionären Gruppen glaubt er herrschen zu können, sondern auch der sozialdemokratischen Partei schreibt er das Geheiß ihrer Handlungen vor. „Nicht Scheidemann bestimmt“, erklärt Stresemann, „sondern wir bestimmen, ob und unter welchen Bedingungen es möglich ist, die Sozialdemokratie, falls sie eintreten will, in die Regierung aufzunehmen.“ Das ist bitter für die Rechtssozialisten, aber sie haben es nicht besser verdient, denn die Reaktion hat sich daran gewöhnt, daß diese Partei Wachs in ihren Händen ist.

Offen bekennnt sich Stresemann zur Monarchie und zum Hohenzollernhaus. Es werde wenige Geschlechter in der Geschichte der Welt geben, die so große Persönlichkeiten hervorgebracht haben wie das Geschlecht der Hohenzollern, ruft er aus. „Wir sind genau so eingenommen gegen das sozialistische Preußen der Gegenwart und gegen das Berlin der Gegenwart wie unsere bayerischen Freunde.“ Also auch die Verbrüderung aller Stresemann mit der bayerischen Reaktion ist komplett. Einen herzlichen Dank sprach Stresemann dem Stinnes aus für die Art, wie er die Deutsche Volkspartei vertreten hat. Und zum Schluß hatte er, wie er sich selbst ausdrückte, den „Mut“, auszusprechen, „daß Deutschland nicht unter dem Dogma des Achtstundentages zugrunde gehen darf.“

Dr. Gildemeister, eine andere Blüte dieser Partei, äußerte sich zur auswärtigen Politik. Die Resolution, die er unterbreitet hat, und die vom Parteitag angenommen wurde, kennzeichnet so deutlich die Gefahr, die das Treiben dieser Gesellschaft für das ganze deutsche Volk bedeutet, daß wir sie wörtlich wiedergeben müssen:

Die Deutsche Volkspartei erklärt im Namen des Rechts und der Freiheit des deutschen Volkes:

„Gesellschaftserkenntnis in die Massen! Würdig, ernst und sachlich. Rufen, sammeln und führen wir die Massen zum Kampf für den Sozialismus. Das ist revolutionäre Arbeit.“

In unserem Leipziger Aktionsprogramm heißt es also nicht von ungefähr unter Punkt 8: Erklärung der Religion zur Privatsache.

Das muß respektiert werden! Als wissenschaftlich geschulte Sozialisten, als Revolutionäre müssen wir das Wort von dem Verhältnis unserer Partei zur Religion stehen lassen.

Wir fragen keinen Menschen, der Mitglied unserer Partei werden will, ob er Christ, Jude, Mohammedaner oder Buddhist ist. Welche Religion einer hat, ob er überhaupt eine hat, ist jedermanns ureigenste Sache. Das hängt ab von seiner geistigen und seelischen Veranlagung und Verfassung, von dem Grad seiner Erkenntnis auf den verschiedensten Gebieten, von vielen, vielen anderen Umständen. Das sind Fragen, die zum ureigensten Innenleben eines Menschen gehören. Sollen wir von untern Mitgliedern die Abkehr von irgendeiner Anschauung fordern, die sich über die Welt und ihre Wunder gebildet haben und auf eine andere — und auf welche? — Weltanschauung oder gar auf den „Freien Volkstatismus“ von Ernst Däumig verweisen? Da höre ich ein schallendes Gelächter. Na also!

Ist es unsinnig, jemanden Vorschriften über die Fragen der Religion und der Weltanschauung zu machen, so folgt daraus, daß wir unseren Mitgliedern auch nicht vorschreiben können, wie und wo sie ihrem religiösen Bedürfnis Genüge zu tun haben, ob im stillen Kämmerlein, in der Kirche, in der Synagoge, in der Moschee, in der Aula der freireligiösen Ge-

1. Wir fordern die Wiedergutmachung des dem deutschen Volke durch die Erzwingung eines innerlich ungetrübten Friedens angetanen Unrechts.

2. Wir fordern Beilegung jeglichen Eingriffes in die staatlichen Hoheitsrechte Deutschlands und Gleichberechtigung im internationalen Verkehr.

3. Wir fordern, daß dem Reich bei allen Ansprüchen auf Wiederherstellung der Reichswirtschaft ein tatsächliches und von ihm verursachtes Schadens erbracht wird.

4. Wir fordern die Wiedergutmachung allen durch die Wegnahme oder Beschädigung deutschen Privateigentums entstandenen Schadens.

5. Wir fordern unser Eigentum an den Kohlenruben im Saargebiet, an der deutschen Handelsflotte und den deutschen Unterseebooten zurück.

6. Wir fordern freie Volksabstimmung in allen dem Deutschen Reich entzogenen und in den ihm innerlich anhängenden Gebieten; Herabsetzung der Besatzung deutschen Gebietes nach dem Verhältnis der Entwaffnung Deutschlands; deutsche Verwaltung in den deutschen Kolonien.

7. Wir fordern die Einlösung des feierlichen Versprechens der Vernichtung jeder willkürlichen Macht und gleiche Rechte der beteiligten Völker, damit das deutsche Volk in Freiheit der Entfaltung seiner geistigen, moralischen und wirtschaftlichen Kräfte und seines Staatswesens leben kann.

Die Deutsche Volkspartei verpflichtet sich und ihre Anhänger, in der unablässigen Verfolgung dieser Ziele nicht zu ruhen, bis das deutsche Volk und das deutsche Vaterland wieder geeint und frei sind.

Dieser Hochnut der auf den Schlachtfeldern schmählich unterlegenen Vererber Deutschlands wird normalen Hirnen völlig unfaßlich bleiben. Das ist das Bekenntnis zur Revanchepolitik. Daher das Streben der Reaktionen nach Wiederaufrichtung des Militarismus und der Militärherrschaft, entweder offen gegen den inneren und äußeren Feind, oder insgeheim durch die Bildung der Orgeschanden und der Zeitschwärmer. Nichts geschieht planlos im Rahmen der Arbeit der Konterrevolutionäre. Die Orgesch und die von neuem innig verbündete agrarische Reaktion und die Hege zur Revanchepolitik bilden ein einziges Ganzes. Je deutlicher diese Bestrebungen an das Licht treten, je ungenierter die Reaktion sich bewegen kann, um so härter werden die Maßnahmen der Entente sein, um so stärker wird das Mißtrauen der zivilisierten Welt gegen Deutschland wieder erwachen. Die nachteiligen Folgen dieser verwerflichen Politik zeigen sich schon jetzt. Erst kürzlich ist aus Neuseeland von wohlunterrichteten politischen Kreisen in den Ententeländern bekannt geworden, daß die Kosten für die Besatzung in den rheinland abgewälzt werden, weil Deutschland seinen in Spanien übernommenen Verpflichtungen in der Entwaffnungsfrage noch nicht nachgekommen ist. Stärker als bisher muß die organisierte Arbeiterklasse den übermütigen werdenden Reaktionen ihren Gebieten nur deswegen mit so hohen Summen auf Deutsch-Wäsen zeigen. Das kann sie nicht, wenn sie durch gewisse Führer einzelner Gruppen erklären läßt, daß die Orgeschbrüder weit sympathischer Leute sind, als die Männer der Amsterdamer Internationale. Das kann sie nur, wenn sie auf dem Boden der gegebenen politischen Bedingungen einmütig kämpft gegen den nächsten und schlimmsten Feind, der nicht nur ein Feind der Arbeiterklasse, sondern ein Feind der Menschheit ist. Nur wenn die deutsche Arbeiterklasse so handelt, kann sie die Unterstützung der Arbeiter der Welt erwarten.

meinde, im Theater oder in der Natur; es folgt daraus ferner, daß wir unsere Mitglieder auch nicht nach ihren religiösen Anschauungen als Parteigenossen klassifizieren können.

Punkt 8 unseres Programms ist Parteitagsschluß. Die Partei hat gesprochen! Keine Organisation eines Orts oder eines Bezirks kann Beschlüsse fassen, die zu Punkt 8 in Widerspruch stehen.

Wer unser Programm anerkennt und in Wort und Tat danach handelt, ist ein revolutionärer Klassenkämpfer, ist vollberechtigtes Mitglied unserer Partei und darf keinen Ausnahmebestimmungen unterworfen werden. Sollen wir jemand zwingen, aus irgendeiner religiösen Gemeinschaft auszusteigen, ohne danach zu fragen, in welche Gewissenskonflikte er gestochen wird? Das Innenleben im Menschen ist so zart, daß wir nicht mit tohen Häufen zusaden dürfen. Und wer sich sagt, um einen Posten oder ein Mandat oder sonst etwas zu erlangen, der soll für Vertrauensämter qualifizierter sein, als jemand, der genug Charakter hat, um aus seinem Herzen keine Mördergrube zu machen? Wer wollte das ernsthaft behaupten? Wer sich, dem Zwang nachgebend, nicht dem eignen Trieb folgend, äußerlich von einer religiösen Gemeinschaft losläßt, hat es darum noch nicht ohne weiteres auch innerlich getan. Und darauf kommt es an, wollen wir nicht Heuchler und Streber züchten.

Der Jude Paul Singer, der sich durch seinen lautereren Charakter, seine echte revolutionäre Arbeit und nicht zuletzt durch seine großen Verdienste um die Gemeinde Berlin ein dauerndes ehrendes Andenken beim Klassenbewußten Prole-

Regierungsbildung in Sachsen

Die Haltung der Kommunisten

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht in einer Meldung aus Chemnitz die Antwort der Kommunisten Sachsens auf die beiden Fragen zur Regierungsbildung, die die sozialistischen Parteien an die Kommunisten gerichtet haben. Die Meldung der „Roten Fahne“ lautet:

Die Unabhängigen und Mehrheitssozialisten haben an die R. P. D. Sachsens folgende zwei Fragen zur Regierungsbildung gestellt: 1. Ob die R. P. D. Sachsens bereit sei, in eine reinsozialistische Regierung einzutreten. Diese Frage wurde mit Nein beantwortet. 2. Wenn nicht, ob die R. P. D. Sachsens bereit sei, für einen Ministerpräsidenten, der von den beiden Parteien gestellt wird, zu stimmen, um zu verhindern, daß ein bürgerlicher Ministerpräsident gewählt wird.

Die zweite Frage wurde mit Ja beantwortet, weil dieses Ja die einzige Voraussetzung dafür ist, daß in Sachsen eine Regierung aus U. S. P. D. und S. P. D. gebildet werden kann. Durch diese Wahl des Ministerpräsidenten scheidet sich die R. P. D. jedoch keineswegs verpflichtet, die Regierung der U. S. P. D. zu unterstützen, sondern sie wird die Bedingungen betonen, die im „Kämpfer“-Artikel des Genossen Brandler formuliert und von der Partei angenommen sind.

Diese Antwort stützt sich auf den Beschluß des Bezirksrates der R. P. D. für Chemnitz-Erzgebirge-Bohland, der am 27. und 28. November in Chemnitz tagte. Nach einem Referat von Brandler wurde dort eine Erklärung angenommen, in der gesagt wird, daß sich die Partei und die Landtagsfraktion der Kommunisten in Sachsen darüber klar sei, „daß eine Regierung von Mehrheitssozialisten und Unabhängigen dem sächsischen Proletariat keine ernstliche Hilfe leisten wird, um aus seinem wirtschaftlichen Elend und der politischen Bedrückung herauszukommen.“ Die Erfahrung habe gelehrt, daß die Sozialdemokraten der beiden Richtungen keine Kämpfer für den Sozialismus seien. Der Bezirksrat fordert aber die kommunistische Landtagsfraktion auf, „den Unabhängigen und Sozialdemokraten gegenüber oder gerade deswegen Gelegenheit zu geben, die Regierung zu bilden, und ihre Wahlversprechen einzulösen.“

Die Landtagsfraktion für die Handlungen der kommunistischen Landtagsfraktion kann der folgende Satz der Erklärung gelten: „Der Bezirksrat fordert von der Fraktion der Kommunisten, daß sie sich auf keinerlei Kompromisse und Halbheiten einläßt und gegen jede Maßregel stimmt, die dem Kampfschritt des Proletariats nicht dient, oder ihm widerspricht.“

Zum Schluß beruft sich auch diese Erklärung auf die bereits oben erwähnten Vorschläge Brandlers im Chemnitzer „Kämpfer“. Diese Vorschläge, die für die kommunistische Fraktion im Landtag als Richtlinien dienen sollen und die Forderungen der Kommunisten enthalten, lauten in ihrem Kern folgendermaßen:

Wir Kommunisten erklären also: Die kommunistische Fraktion im Parlament und die kommunistische Partei außerhalb des Parlaments wird auch nicht zögern, wahr zu machen, was ihr Versprechen ist.

Sie werden jeden ersten Versuch dieser Parteien, den parlamentarischen Regierungsapparat zur Durchsetzung konkreter Maßnahmen auf dem Wege zum Sozialismus auszunutzen, nicht nur nicht hindern, sondern inner- und außerparlamentarisch kräftig unterstützen.

Wenn die mehrheitssozialistisch-rechtsunabhängige Regierung im härtesten Kampfe gegen das kapitalistische Unternehmertum sich einleiten werden:

für eine Amnestie aller politischen Vergehen und Verbrechen,

für die ernsthafte Entwaffnung der Konterrevolution, der Organe und anderer Selbstschutzorganisationen des Bürgertums,

für die Schaffung ernsthafter Selbstschutzorganisationen des Proletariats,

für die sofortige Entlohnung, Wiedereröffnung und Weiterführung aller stillgelegten und verfaßt arbeitenden Betriebe durch die Betriebsräte,

für die Beschäftigung aller überschüssigen Wohnräume der Arbeiter zur Unterbringung der arbeitenden Bevölkerung,

für die Wiedereinstellung der Arbeitslosen in die Betriebe durch Wiederaufnahme der stillgelegten und eingekürzten Betriebe,

für die Verpflichtung der Gesamtunternehmerschaft, die Arbeitslosen in voller Lohnhöhe zu unterstützen

so werden wir Kommunisten in der Durchführung dieser Maßnahmen parlamentarisch und außerparlamentarisch unterstützen.

Aus alledem ergibt sich, daß die kommunistische Fraktion auch nach der beabsichtigten Beantwortung der zweiten an sie gerichteten Frage keineswegs als eine absolut zuverlässige Stütze einer sozialistischen Regierung angesehen werden kann. Es steht durch die Verhältnisse der Möglichkeit, daß die Kommunisten eine Taktik verfolgen, die der Reaktion sehr schnell die Gewalt in die Hand spielt. Es ist möglich, daß wir in Sachsen in kurzer Zeit in anderer Form eine Wiederholung der Vorgänge bei der Bildung des Berliner Magistrats erleben werden. Immerhin dürfte nach der Beantwortung der beiden an die Kommunisten gerichteten Fragen die Bildung einer sozialistischen Regierung fürs erste gesichert sein, falls nicht noch ein Gegenbefehl aus Moskau die Dispositionen der sächsischen Kommunisten über den Hausen wirft.

Holland und die Kaiserfrage

Genf, 3. Dezember.

Die „Times“ veröffentlicht eine lange Zuschrift von Bies, dem früheren Berater des niederländischen Justizministeriums, über die Erklärung Lloyd Georges im Unterhaus. Der Premierminister erklärte bekanntlich, es könne keine Rede davon sein, daß die niederländische Regierung dem früheren Kaiser erlauben würde, das Land wieder zu verlassen. Bies berichtet dazu, daß die niederländische Regierung unmöglich ein Versprechen dieser Art abgelegt habe, das mit den niederländischen Gesetzen in Widerspruch stünde. Es würde dem niederländischen Gesetz aber widersprechen, den Kaiser oder den Kronprinzen festzusetzen, wenn sie nach Deutschland oder anderswohin gehen wollten.

Internationale Kreditorganisation

Genf, 3. Dezember.

Der Vorsitzende der Finanzsektion der vom Völkerverbund einberufenen provisorischen Finanz- und Wirtschaftskommission, Stralos (Sudofrika), erklärte Pressevertretern: Die wichtigste Aufgabe der provisorischen Kommission ist die Schaffung einer internationalen Kreditorganisation, die es den besonders verarmten Ländern Europas, wie die Zentralmächte, ermöglicht, Kredite einzuführen und diese als Garantien wiederanzuschließen. Diese Kredite dürfen nur von den ganz verarmten Ländern in Anspruch genommen werden, die sich allein nicht helfen können. Die Kreditorganisation ist so gedacht, daß die Staaten für die den einzelnen

Privatwirtschaften zur Verfügung gestellten Kredite eine Garantie zu leisten hätten. Die praktische Durchführung soll so erfolgen, daß die von der internationalen Kreditorganisation ausgestellten Bons an die internationale Kreditorganisation gelangen, die den Wert der Bons festsetzt, die als Garantie für die gewährten Kredite dienen. Die Kommission hat in den letzten 14 Tagen die Einzelheiten dieses Plans weiter ausgearbeitet. Stralos betonte, daß die aus Sachleuten fast aller Länder zusammengesetzte Kommission von dem ersten Willen befeuert sei, die Beschlüsse der Brüsseler Finanzkonferenz weiter auszuarbeiten und für ihre Durchführung praktische Vorschläge zu machen.

Die österreichischen Schulden

Wien, 3. Dezember.

Bundesfinanzminister Grimm brachte heute im Nationalrat den Staatsanleiheplan für 1920/21 ein. Die Staatsschulden betragen im Juni 1920 60 Milliarden; somit entfällt auf jeden Kopf der Bevölkerung eine Staatsschuld von 10 000 Kronen, ein Betrag, der sich seitdem wesentlich erhöht hat und noch erhöhen wird. Infolge der Entwertung der österreichischen Valuta dürfte der mit 12 1/2 Milliarden geschätzte Fehlbetrag bis Ende d. J. voraussichtlich auf über das Doppelte steigen. Zur Beseitigung des Mißverhältnisses zwischen Staatseinnahmen und Staatsausgaben sind die Minister die Einführung staatlicher Monopole für Spiritus, Zucker und Mineralölprodukte an. Wenn eine Kräftigung der wirtschaftlichen Verhältnisse erzielt sein werde, werde man zu einer in größtem Maße ausgelegten inneren Anleihe schreiten, die von denjenigen Großmächten, die die Hilfskredite in Aussicht stellen, garantiert werden müßte.

Die Beratungen in London

L. London, 4. Dezember.

Die Sitzung des Kongresses der Alliierten begann um 11 1/2 Uhr und dauerte bis 1 1/2 Uhr. Die Konferenz besprach den Vertrag von Sevres und die neue durch Griechenland geschaffene Lage. Der wichtigste Punkt der Besprechung war die Frage des Eintritts Armeniens in den Völkerverbund. Die Konferenz sprach sich dagegen aus und die Vertreter Armeniens in Genf werden darüber informiert werden. In der Nachmittagsitzung wurden die Garantien besprochen, die für den Fall ins Auge gefaßt werden, daß Griechenland trotz der Warnung der Alliierten König Konstantin auf den Thron zurückberufen sollte. Heute werden die Sachverständigen für die Konferenz in Brüssel über die Reparationsfrage ernannt und das Datum der Konferenz bestimmt werden. Auch die Frage der Handelsbeziehungen zu Rußland wird erörtert werden. Man nimmt an, daß die Konferenz Sonnabendabend beendet sein wird.

Eine Arbeiterkommission in Irland

Ir. London, 4. Dezember.

Der englische Arbeiterausschuß, der zur Untersuchung der irischen Lage nach Irland gegangen ist, besuchte mit verschiedenen Vertretern des irischen Bauernstandes die zerstörten Dörfer, die Umgebung von Dublin und unterhielt sich mit den Direktoren der zerstörten Molkereien. Henderson und Adamson hatten eine Unterredung mit dem römisch-katholischen Erzbischof. Hier wurde der zukünftige Burgfriede in allen Einzelheiten besprochen. Der Erzbischof versprach, daß die römisch-katholische Geistlichkeit den Plan unterstützen würde, wenn nur alle Gewalt beiderseits aufhört. Henderson und Adamson besuchten auch die Gefangenen in Dublin und hatten eine längere Unterredung mit Griffith, dem stellvertretenden Premierminister der irischen Republik.

Die Wohnungsfrage in Moskau

Auf einer Sitzung des Vollzugsausschusses des Moskauer Sowjets entwarf Satorn folgendes Bild der derzeitigen Wohnungsverhältnisse in Moskau: In Moskau befinden sich zur Zeit infolge Schädigungen der Kanalisation und Wasserleitungen 15 000 Wohnungen in unbewohnbarem Zustand. Wegen Mangels an Heizmaterial mühten im vorigen Winter 5000 Häuser abgebrochen werden. Augenblicklich sind in Moskau 300 Arbeiterhäuser vorhanden, in denen die Bewohner zu 25 bis 100 Prozent Arbeiter sind. Das Moskauer Wohnungsamt ist jetzt damit beschäftigt, für Unterkunft von 5-6000 Studenten der Medizin zu sorgen. Obwohl 105 Internate mit 5100 Zimmern dem Wohnungsamt zur Verfügung stehen, muß das Amt im Durchschnitt 150 Studenten-angehörigen täglich abschlägigen Bescheid erteilen. Die Instandhaltung, Regenerierung und Verteilung der Wohnungen wird hauptsächlich durch Mangel an Arbeitskräften erschwert, der oft bis 80 Prozent beträgt, und durch die schlimmen Transportverhältnisse.

Daß die Wohnungsnot in Sowjetrußland nicht nur auf die Großstädte beschränkt ist, zeigt eine Mitteilung der „Economics-Gesellschaft“, wonach die Unterbringung der Arbeiterklasse in den Wolgagebietern großen Schwierigkeiten begegnet. Die vorhandenen Räumlichkeiten reichen nur für etwa 21 000 Arbeiter aus; dagegen erreicht schon allein die Zahl der Schiffmannschaften des Wolgabassins 60 000 Mann. Von diesen Arbeitern wird ein Teil in Privatquartieren, die Rekrutiert jedoch in Erdhöhlen, längs der Wolga untergebracht werden, wo sie den ganzen Winter verbringen müssen.

Parteitag der KPD.

Erster Verhandlungstag.

Im Saale des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz begann heute vormittag der Parteitag, der die kommunistische Partei Deutschlands mit dem von der Unabhängigen Sozialdemokratie abgesplitterten neukommunistischen Flügel vereinigen soll. Braß eröffnete die Tagung mit einer kurzen Ansprache, in der er feststellte, daß kein Diktat von Moskau, sondern die freie Entscheidung der revolutionären Arbeiterklasse zu diesem Schritt geführt hat. Im Namen der Berliner Arbeiterklasse begrüßt Schindler-Bantow den Parteitag. In seinen Worten ist interessant, daß er befriedigt ist über den Ausschluß der notorischen Opportunisten in Halle. Erstens sind die Neukommunisten in Halle tatsächlich ausgeschlossen worden. Dann aber muß man Herrn Schindler daran erinnern, daß er zu den Gründern der Zentralstelle zur Einigung der Sozialdemokratie gehörte, also sich als Opportunist vom reinsten Wasser gebürdet. Auch die „antibolschewistische Freiheit“ bekommt ihr Teil, getreu dem Grundsatz, daß man das, dem man gestern zugedreht, heute immer kräftiger verleumdet. Der Beifall ist mehr als mächtig.

Zu Vorstehenden werden nach den Vorschlägen der vorausgegangenen Tagung Biedel und Braß gewählt, zu Schriftführern Pleiner, Hannover, Kemmerle, Stuttgart. Außerdem wird eine Mandatsprüfungs- und Organisationskommission gebildet.

Als Vertreter ausländischer Genossen werden begrüßt Williams von der britischen kommunistischen Partei, Vertreter der kommunistischen Parteien Ungarns, Hollands, der Dänen der Tschechoslowakei und der Schweiz. Williams rief einige Worte an den Parteitag, die mit lebhaftem Beifall aufgenommen wurden. Er schildert die Tätigkeit des britischen Aktionsrates, der die Munitions- und Truppentransporte nach Rußland verhindert.

Aber das waren doch „Geld“, Bedienstete der Bourgeois, schlimmer als die Weisgardisten. — Der Vertreter der Schweizer Linken preist die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung und weist darauf hin, daß in der Schweiz innerhalb einer Partei fünf Richtungen bestehen, die die Partei aktionsunfähig machen. — Kovacs spricht im Namen der ungarischen kommunistischen Partei. Er begrüßt den Verschmelzungsparteitag als den Ausdruck dafür, daß das deutsche Proletariat aus den Lehren der ungarischen Revolution gelernt hat, indem es eine einzige zentralistische Partei zur Erfämpfung der Diktatur des Proletariats schafft.

Der Vertreter der tschechischen Linken, Dolca, schildert den Kampf in der tschechischen Arbeiterbewegung, und Neurah für die deutschen linken Sozialdemokraten der Tschechoslowakei sagt die Gründung der großen kommunistischen Partei der Tschechoslowakei voraus. — Der Abgeordnete der kommunistischen Partei Hollands sagt, daß Holland begiere, zu einem Hebe der internationalen Reaktion zu werden. Das beweist er damit, daß Holland nicht nur den Kaiser Dezerberge, sondern auch die Amsterdamer Internationale. Daß die Verschmelzung mit verständnisvollem Beifall aufgenommen wurde, kennzeichnet dieses Publikum. — Cahin und Frossard jollen sich um Ausreisefreilaubnis bemüht haben, sind aber noch nicht da.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung: Das

Aktionsprogramm der Vereinigten Kommunistischen Partei spricht Levi. Er feiert diesen Parteitag als ein ungeheures Ereignis in der Geschichte der Arbeiterbewegung der Welt, und den Entwicklungsprozeß, der sich in den zwei Jahren in der U. S. P. abspielte. Es sei kein Zufall, daß der Weg der Einigung der deutschen Kommunisten über Moskau gegangen sei. Das sei ein Zeichen und ein Ausdruck der Tatsache, daß heute die Sowjetrepublik Rußland die Geschichte des Proletariats der ganzen Welt umschleife. Die Vereinigung der deutschen Kommunisten sei nur ein Glied der Kette, die sich um die ganze Welt lege. Levi bezeichnet die jetzige Krise des Weltkapitalismus als durchaus verschieden von den Krisen der Vorkriegszeit. Er weist auf die Schuldnechtheit Europas an Amerika hin und betont, daß Amerika heute nicht mehr der Exportstaat von ehedem sei, sondern die Hälfte der amerikanischen Ausfuhr bestehe aus Fertigfabrikaten. Es sei also damit an die Seite der europäischen Länder der Vorkriegszeit getreten, die Nahrungsmittel einführen und Fertigfabrikate ausführen. Diese Tatsache mache die Rückzahlung der europäischen Schuld an Amerika unmöglich. Amerika habe die Gebiete seines Exportes gewaltig erweitert. Europa bleibe seinem Schicksal überlassen. Levi kritisiert die unbewiesene Behauptung, daß die Hilferding, Ledebour und Breitfeld seit zwei Jahren das deutsche Proletariat mit der Hilfeleistung Americas getötet hätten. Die anwesenden Neukommunisten, die so gut wie Levi wissen, daß das eine glatte Unwahrheit ist, hätten sich Levins Behauptung als wahr vorausgesetzt, also zwei Jahre von Hilferding, Breitfeld und Ledebour an der Nase herumzuführen lassen. Auch ein Kompliment.

Levi zeichnet dann weiter die Politik Englands und Frankreichs im Osten, die gedankt sind an Rußland. Gleichzeitig mit Wrangels Niederlage falle auch der andere Wall, der von Ostasien und dem Balkan aus um Rußland gezogen war, durch den Umsturz in Griechenland. Eine neue Krise, neues Kämpfen für Sowjetrußland ränden bevor. Rußland sei heute aber nicht beschränkt auf seine geographischen Grenzen, unerschöpfbare Fäden verläufen es mit der ganzen Welt, der Sympathie des unterdrückten Proletariats der ganzen Welt. Die kommunistische Internationale sei der weltpolitische Faktor, der heute neben den russischen Arbeitern und Bauern für die russische Sowjetrepublik kämpfe. Der Redner spricht weiter.

Groß-Berlin

Eltern fordert die weltliche Schule!

Die Gewalttätigkeiten gegen Kinder Andersdenkender durch Lehrpersonen, auch in den Briher Schulen, nehmen kein Ende. Was nützen Scherwerbestellungen, wenn sie nur der Vertuschung dienen; was nützen Elternbeiräte, wenn sie nur Dekoration und Machtsprüche gegen die Lehrer in der Schule sind. Art. 148, Abs. 2 der Verfassung des Deutschen Reiches vom 11. August 1919 sagt: „Beim Unterricht in öffentlichen Schulen ist Bedacht zu nehmen, daß die Empfindungen Andersdenkender nicht verletzt werden.“ Den SchülerInnen der 3. Klasse der 3. Gemeindeschule in Brih wird im Geschichtsunterricht regelmäßig im Leseheft etwas diktirt, was diese dann in der nächsten Stunde auswendig vorlesen müssen. Die Kinder, denen die Eltern es verbieten, diese Art Geschichte auswendig zu lernen, sind in der Schule geprügelt worden. Ist dieses schon eine furchtbare Erziehungsart, so wird hierdurch aber auch des deutschen Reiches Verfassung geradezu verletzt. Ein Gefangener versucht, trotz Protestes, die Kinder zu bewegen, den 3. Vers des Liedes „Deutschland über alles“ zu singen. Ein anderer Gefangener das Kirchenlied „Ein feste Burg ist unser“. In einer Klasse werden den Kindern die Schichtenpläne des Alten Fritz, aus der Zeit der schlesischen Kriege vorgelesen und verherichtet. Wie die armen Kinder müssen die weltlichen Kinder während des Schulgebets vor der Tür stehen oder sie werden gezwungen heuchlerisch daran teilzunehmen. Bei den jetzt mit besonderem Eifer einzulebenden christlichen Weihnachtsfeiern hat man den weltlichen Kindern gesagt: „Ihr dürft nicht Weihnachten feiern“. Ein Schulleiter sagte: „auf die Religion keine Rücksicht genommen werden“. Arbeiter-Eltern und Freunde der Schule, merkt Euch das! Seid nicht mehr gleichgültig der Schule gegenüber. Die Schule muß durch solche Parteilichkeit geradezu wie eine Strafanstalt auf unsere Kinder. Macht selbst auf Eure Kinder! Seid gewarnt! Für den Arbeiter kann es nur eins geben, heraus mit der Religion aus der Schule. Heraus mit dem Priester aus dem Schulhaus. Wenn Eure Eltern mal dem Unterricht beiwohnen möchten, das geht nicht; — Verbot — Schrei ist die Lehrerwelt; aber wenn der Vater kommt, dann — ja dann ist's eben was anderes. Eltern! Schreit's überall! Her mit der Weltlichkeit der Schule, trotz der reaktionären Lehrkreise. Sorgt dafür, heist mit. Es gehen Eltern herum, fragt danach und zeichnet Euch ein.

Der Deutsche Städtetag zum „Sperrgesetz“. Der Deutsche Städtetag hat beim Reichstag Verhandlung dagegen eingeleitet, daß der Vertretung der städtischen Anstaltungsgemeinden ebenso wie den Kommunalbeamtenverbänden, bei der Vorbereitung des Gesetzentwurfs zur Sicherung einer einheitlichen Regelung der Beamtenbesoldung jede Möglichkeit einer Stellungnahme vorenthalten worden ist. Der Gesetzentwurf bringt die schwersten Eingriffe in das Amtsrecht der Gemeinden, eine Hauptgrundlage ihrer Selbstverwaltung. Im vollen Gegensatz zu den Besoldungsverhältnissen beim Reich und den Ländern steht die in den vielen tausend Gemeinden von Ort zu Ort wechselnde unübersichtliche Mannigfaltigkeit der kommunalen Beamtenorganisation, eine naturnotwendige Folge des den Gemeinden verfassungsmäßig gewährtesten Selbstbestimmungsrechts. Auf die eigenartigen Beamtenverhältnisse der Selbstverwaltung muß im Gesetz besondere Rücksicht genommen werden. Die Bedeutung der verschiedenen Beamtengruppen der Gemeinden kann richtig nur individuell unter sorgfältigster Abwägung aller Umstände durch die Organe der Selbstverwaltung erfolgen. Prüfung und Entschcheidung durch eine Reichsorganisationsstelle würde zu untraglichem Schematismus und Ueberorganisation führen. Eine etwaige staatliche Prüfung der Besoldungsverhältnisse sollte ausschließlich im Rahmen der Länder erfolgen, die gegen Auswärtige bei einzelnen Gemeinden einzuschreiten wissen werden. Die Ausgestaltung des Prüfungsverfahrens müßte ganz der Autonomie der Länder überlassen bleiben, in denen für Streitfälle Schiedsstellen vorgezogen wären.

Dyppositionelle Buchdrucker, Bezirk 3. Sonntag, vorm. 10 Uhr bei Klug, Danziger Str. 71, wichtige Besprechung. Die Kollegen beider Richtungen müssen erscheinen.

Verwaltungsbezirk 4 (Preussener Lot). Die Bezirksverordnetenversammlung am Freitag, 3. Dezember, beschäftigte der Bericht der beiden Kommissionen, die in der Öffnungssitzung zur Beschaf-

